

AfA-STIMME DER ARBEIT

INFORMATIONEN DER ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ARBEITNEHMERFRAGEN IN DER SAAR-SPD



MEHR GELD IN DER TASCHE GEHT AUCH IN KRISENZEITEN

Sören Sossong, AfA-Kreisvorsitzender Saarbrücken-Stadt, über erfolgreiche Tarifverhandlungen der Metaller während der Corona-Pandemie

Die Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie wirken von außen auf dem Weg zu einem Ergebnis oft wie ein Ritual: Die IG Metall stellt eine Forderung auf, der Arbeitgeberverband lehnt diese mit dem Verweis auf die schwierige wirtschaftliche Lage ab. Es folgt die erste Warnstreikwelle, die zweite Warnstreikwelle und dann ein Ergebnis, mit dem beiden Seiten dann doch gut leben können. Dies wird mit den Bildern von Streik- und Protestkundgebungen begleitet, an der sich ganze Schichten und Betriebe mit ihren Beschäftigten beteiligen.

Die Tarifrunde zu Jahresbeginn sollte eine andere werden. Die Pandemie ließ die altbewährten Methoden nicht zu. Die Arbeitgeberverbände sahen die Corona-Pandemie als Chance, aus ihrer Sicht verlorengegangenes Territorium zurückzuerobern.

Dies spiegelte sich in ihrer Forderung nach einer Nullrunde für dieses Jahr wider. Außerdem solle ein Automatismus dafür sorgen, dass Unternehmen bei angeblich schlechter wirtschaftlicher Lage eine Auszahlung tariflicher Sonderzahlungen verweigern können.

Die IG Metall musste auf den Spagat hinlegen, die Beschäftigten aus Betrieben mitzunehmen, welche entweder von den Pandemiefolgen voll getroffen wurden oder deren Unternehmen der Krise mit vollen Auftragsbüchern und guten Ergebnissen trotzten. Mit einem Entgeltplus von vier Prozent und gleichzeitig Beschäftigungssicherung sollten Belegschaften der unterschiedlich betroffenen Unternehmen zusammenkommen.

Dies gelang auch: durch Betriebliche Funktionäre, die eng mit

den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verzahnt sind. Zeitung, Fernsehen, Rundfunk berichteten über Aktionen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Tarifkonflikt. Damit gelingt durchaus auch in schwierigen Zeiten der Kampf für berechtigte Forderungen der Beschäftigten. Der Erfolg: Nach sieben Verhandlungsrunden stand in Nordrhein-Westfalen das Ergebnis: mehr Geld, Arbeitsplätze und Zukunft gesichert. Dies kann als Pilotabschluss für die anderen Regionen gesehen werden. ■

Hintergrund:

IG Metall und Arbeitgeber einigten sich in Nordrhein-Westfalen Ende März auf einen neuen Tarifvertrag für Metall- und Elektrobranche.

700.000 Beschäftigte profitieren in diesem ersten Schritt. Er gilt ab 1. Januar dieses Jahres. Laufzeit: 21 Monate (Ende: 30. Sept. 22).

Corona-Prämie und Sonderzahlungen:

Für Belastungen während der Pandemie: im Juni einmalig 500, Auszubildende 300 Euro.

Auszubildende im dualen Studium sollen in den Geltungsbereich der Tarifverträge aufgenommen werden.

Sonderzahlung ab Februar 2022: 18,4 Prozent des Monatsgehalts. Februar 2023: Sonderzahlung steigt auf 27,6 Prozent.

Das Ergebnis wurde für das Tarifgebiet Mitte mittlerweile übernommen.

WIE BITTE - STATT LKW FAHREN STRASSE KEHREN?



Frank Schmidt, Verbandssekretär und Vize-Vorsitzender der AfA im Saarland, gibt Antworten zum Arbeitsrecht

Welche Arbeit darf mein Chef von mir verlangen? Und wie sieht es mit meiner Arbeitszeit aus? Die Corona-Pandemie hat viele Beschäftigte vor neue Situationen gestellt. Hier einige wichtige Tipps:
Mein Arbeitgeber verlangt von

Kann mein Arbeitgeber fordern, dass ich mit reduzierter Arbeitszeit einverstanden bin, wenn ich eine minderwertige Arbeit nicht annehme – wenn auch?
Nein. Der Arbeitgeber kann nur eine Änderungskündigung aussprechen. Gegen diese kann der Betroffene allerdings binnen drei Wochen ab Erhalt gerichtlich vorgehen.

Kann mich mein Arbeitgeber ins Homeoffice schicken, wenn er die Hygienevorschriften nicht einhalten kann?
Nein. Dies ist nur möglich, wenn der Beschäftigte schriftlich Arbeiten von zuhause aus vereinbart hat.

Kann mein Arbeitgeber fordern, dass ich mit reduzierter Arbeitszeit einverstanden bin, wenn ich eine minderwertige Arbeit nicht annehme – wenn auch?
Nein. Der Arbeitgeber kann nur eine Änderungskündigung aussprechen. Gegen diese kann der Betroffene allerdings binnen drei Wochen ab Erhalt gerichtlich vorgehen.

beitgeber von mir regelmäßige Überstunden verlangen?
Nein, nur wenn dies im Arbeitsvertrag, im Tarifvertrag oder in einer Betriebs-/Dienstvereinbarung geregelt ist. In Ausnahmefällen (beispielsweise Notlage, die sonst für den Arbeitgeber finanziellen Schaden bedeuten würde) kann der Arbeitgeber auch ohne vertragliche Regelung Überstunden anordnen

Eigentlich habe ich Urlaub, muss aber für diese Zeit in Quarantäne, da ich Kontakt mit einer infizierten Person hatte. Was passiert mit meinem Urlaub, wenn ich:

a) Symptome habe und krankgeschrieben bin?



mir, dass ich als Lkw-Fahrer andere Aufgaben (Putzdienste) übernehme, die nicht mit meinem Arbeitsvertrag übereinstimmen. Kann er dies einfach?

Zwar ist der Arbeitgeber wegen seines Weisungsrechts berechtigt, dem Arbeitnehmer eine andere Tätigkeit zuzuweisen. Jedoch muss es sich um eine gleichwertige Tätigkeit handeln. Das heißt: Sie muss mit der bisherigen vergleichbar sein. Handelt es sich um eine minderwertige Tätigkeit, geht dies nur mit Einverständnis des Arbeitnehmers.

Habe ich einen Anspruch auf Homeoffice?

Nein. Denn es gibt keinen gesetzlichen Anspruch. Zwar verpflichtet die SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung den Arbeitgeber dazu, Homeoffice für seine Beschäftigten zu ermöglichen. Aber einen einklagbaren Anspruch heißt das nicht. Gibt es eine Betriebs- oder Dienstvereinbarung hierzu, kann sich unter Umständen ein Anspruch hieraus ergeben.

Ich bin in einer Branche tätig, in der die Auftragslage enorm gestiegen ist. Kann mein Ar-

In diesem Fall bleiben die Urlaubstage bestehen. Dieser kann im Laufe des Jahres genommen werden.

b) keine Symptome habe und auch nicht krankgeschrieben bin?

Da es für diesen Fall keine gesetzliche Regelung gibt, verfallen diese Urlaubstage ■



IMPRESSUM

Herausgeber:
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen im SPD Landesverband Saar

Redaktion:
Kordinatorin:
Rosemarie Moog

Luitpold Rampelshammer

Dagmar Ertl

Frank Schmidt

Dörte Grabbert

Anschrift:
AfA Saar
Talstraße 58
66119 Saarbrücken
Tel.: 0681/95 44 8-0
Fax: 0681/95 44 8-48
afa@spd-saar.de
afa.spd-saar.de

EUER GUTES RECHT: DIESE JUNGEN SAARLÄNDERINNEN UND SAARLÄNDER MACHEN SICH FÜR EUCH STARK

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im Porträt

Mitbestimmung und Gewerkschaftsarbeit – das ist nur was für Alte? Weit gefehlt! Die SPD hat junge Menschen, die sich für die Anliegen der Beschäftigten in Betrieben starkmachen. Und das ist für eine Partei wie die SPD das A und O. Denn sie hat ihre Wurzeln in der Bewegung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Viele Errungenschaften wurden von Gewerkschaftern in harten Arbeitskämpfen erstritten, von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten politisch umgesetzt.

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) bildet das Bindeglied zwischen Gewerkschaften und Partei. Und die AfA lebt von jungen Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen. So zum Beispiel von...

Florian Schmeier

(24). Der Bliesener ist Altenpfleger und arbeitet für die Stiftung Hospital seiner Heimatstadt St. Wendel. Er engagiert sich im AfA-Landesvorstand. Florians Wunsch ist es, mit Verdi für junge Menschen die Pflege attraktiver zu machen sowie für bessere Arbeitsvergütungen zu kämpfen. Er möchte daran mitwirken, in naher Zukunft ein besseres Konzept für die Altenpflege zu schaffen.



Timo Ahr

(27) setzt sich dafür ein, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern und deren Zahl auszubauen. Wenn es um den Strukturwandel der saarländischen Industrie geht, fordert er, dass Beschäftigte und Betriebsräte daran beteiligt werden. Timo ist unter anderem stellvertretender Vorsitzender der AfA in Saarlouis sowie des dortigen SPD-Kreisverbands. Nach seiner Ausbildung zum Industriekaufmann und Betriebswirtschaftsstudiums arbeitet er

hauptberuflich als Gewerkschaftssekretär. In diesem Job setzt er sich als Leiter der Transformationswerkstatt Saar der IG Metall ein.



Fabienne Eli

(24), Industriekauffrau aus Wiebelskirchen, startete ihre berufliche Laufbahn in einem nicht organisierten Betrieb. Darauf entschied sie sich, hauptamtlich für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen einzusetzen. Darum absolviert sie aktuell bei Verdi eine Ausbildung zur Gewerkschaftssekretärin im Bereich Jugend. Fabienne kämpft dafür, dass sich junge Menschen im Betrieb beteiligen. Und sie fordert eine Mindestvergütung für duale Studierende sowie die Übernahme von Auszubildenden.

Sören Sossong

(27) wurde direkt zu Beginn seiner Industriemechaniker-Ausbildung bei ZF Gewerkschaftsmitglied. Für die Beschäftigten setzte er sich als Vizeschef der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV), später als Betriebsrat ein, seit 2019 als Gewerkschaftssekretär der IG Metall in Saarbrücken ein. Denn gerade jungen Menschen will er so eine Perspektive bieten und diese ermutigen, sich im Unternehmen zu beteiligen. Das betrifft insbesondere den derzeitigen Strukturwandel.



Tobias Wolfanger

(29) ist Sekretär bei der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG). Er kommt aus Wiebelskirchen und vertritt insbesondere Mitglieder in prekären Beschäftigungsverhältnissen wie etwa der

Gastronomie. Vorher hat Tobias für den gewerkschaftsnahen Bildungsanbieter Arbeit & Leben Saar die Arbeitnehmerbank von Handwerkskammern in Mitbestimmungsthemen geschult und war dann Gewerkschaftssekretär beim Deutschen Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz/Saarland.



Damhat Sisamci

(27) ist freigestellter Betriebsrat bei ZF, Mitglied der Tarifkommission und des IG-Metall-Ortsvorstandes in Saarbrücken. Nach seiner Ausbildung zum Industriemechaniker hat sich Damhat zum Fachwirt für Industrie 4.0 und Betriebswirt für Personal und Sozialwesen weitergebildet. Er möchte dazu beitragen, dass die SPD sowohl inhaltlich als auch in der politischen Kommunikation klar als Arbeiterpartei weiterhin erkannt wird.

Lea Grass

(32), Bürokauffrau, Gesundheits- und Krankenpflegerin, Bachelor der Pflegewissenschaften, arbeite auf der Neurologie-Station einer saarländischen Klinik. Täglich hat Lea mit ausgebrannten und überlasteten Kolleginnen und Kollegen zu tun, die nur noch funktionieren. Deshalb engagiert sie sich bei Verdi. Lea kämpft dort für eine Ende der Pflege-Notlage und dass Gesetze zur Personalbemessung eingehalten werden.



Tobias Roth

(29) arbeitet seit mehr als zehn Jahren bei der Dillinger Hütte, wo er zum Industriekaufmann ausgebildet wurde. Tobias war zunächst bei der JAV und dann als Vertrauensmann der

IG Metall tätig. Besonders am Herzen liegt ihm die Zukunft der Industriearbeitsplätze, eine gute Ausbildung sowie vorbildliche Arbeitsbedingungen für junge Menschen.



Jonas Smagacz (23) lebt in Bliesen. Nach seiner Ausbildung bei Saarstahl arbeitet er dort als Industriemechaniker. Im Betrieb wirkt er zudem als Ausbildungsbeauftragter. Ihm ist es wichtig, dass junge Menschen gute Perspektiven durch gute Ausbildung haben. ■



WIR MÜSSEN KLARMACHEN: BERUFSAUSBILDUNG STEHT NICHT HINTER STUDIUM ZURÜCK

von Stefan Krutten, künftiger AfA-Vorsitzender im Landkreis Merzig-Wadern



Dramatischer Zuwachs: 18,2 Prozent beträgt der Anstieg bei den Langzeitarbeitslosen. Das bedeutet: Im Januar waren fast eine Million Menschen ein Jahr oder sogar länger ohne Job. Besonders hart trifft es dabei Geringqualifizierte. Das geht aus Zahlen des Deutschen Gewerkschaftsbundes hervor.

Im gleichen Atemzug suchen Unternehmer in vielen Bereichen händeringend nach Beschäftigten für ihre Ausbildungsplätze – obwohl wegen der Auswirkungen durch die Corona-Pandemie und des Strukturwandels in vielen Branchen ohnehin weniger freie Plätze bereitstehen. Ein Grund dafür: Wegen der Krise fielen Ausbildungsmessen, Tage der offenen Tür und anderweitige Werbeveranstaltungen aus, währenddessen üblicherweise junge Menschen ins Berufsleben schnuppern. Die Konsequenz: Viele gehen auf Nummer sicher und entscheiden sich, weiterhin die Schulbank zu drücken.

Eine wirtschaftlich erfolgreiche Zukunft des Saarlandes ist jedoch ohne eine starke duale Ausbildung nicht möglich. Insbesondere im Hinblick auf den nötigen Umbau der Wirtschaft und den damit einhergehenden neuen Tech-

nologien (beispielsweise Einsatz von Wasserstoff als saubere Energiequelle). Darum hat genau jetzt die Berufsorientierung besonders hohe Bedeutung.

Viele entscheiden sich zurzeit für ein Studium. Gleichzeitig gibt es viele Studienabbrecher. Darum sollten (Hoch-)Schulen und Betriebe auf Kooperation setzen. Mit dem Ziel: potenziellen Auszubildenden zeigen, wie vielfältig und interessant Jobs sind. Zudem muss klar sein, dass eine berufliche Ausbildung

und -Automobilbranche in einer schwierigen Situation. Da darf es durch Probleme auf dem Ausbildungsmarkt nicht noch zusätzlich zu Problemen kommen.

Politikerinnen und Politiker sind sowohl auf Bundes- als auch europäischer Ebene dringend gefordert, die Schwerindustrie zu unterstützen. Denn Stahl ist eine Grundstoffindustrie für viele andere Industrien. Die saarländische Stahlindustrie hat immer schon sehr viel Geld in den Umweltschutz investiert. Außer-



kein Manko gegenüber einem Studium bedeutet. Das ist im novellierten Berufsbildungsgesetz (BBiG) sogar festgeschrieben.

Das Saarland steckt wegen des längst laufenden Strukturwandels der Stahl

dem ist sie durchaus bereit, beim Wasserstoff neue Wege zu gehen. Wenn in Deutschland kein Stahl mehr erzeugt wird, müssten wir ihn aus anderen Ländern beziehen, die deutlich weniger Wert auf Umweltschutz legen. ■

ERHALT DES BUNDESWEHR-WERKS HIL IN ST. WENDEL: GEMEINSAMER EINSATZ RETTET JOBS

von Armin Fuchs, stellvertretender Vorsitzender der AfA im Saarland



Es war ein erbitterter Einsatz um den Erhalt des Standorts. Dabei ging es um viele Jobs und damit um die Zukunft zahlreicher Familien. Betriebsräte, Gewerkschafter sowie Vertreter der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) setzten sich mit aller Kraft für die Heeresinstandsetzungslogistik (HIL) in St. Wendel ein. Und der saarländische Bundespolitiker Christian Petry. Erfolgreich. Denn der Standort ist gesichert.

Das Drama, das Hin und Her begann 2016. Und damit das Wechselbad der Gefühle für die Beschäftigten. Hoffen und Bangen lagen zeitlich dicht nebeneinander. Auslöser waren damals Pläne des Bundesverteidigungsministeriums, wonach in Deutschland drei HIL-Werke schließen sollten. Darunter war auch St. Wendel.

In den Jahren danach wurde auf Kosten des Unternehmens Geld verbrannt, das für den Weiterbetrieb besser investiert worden wäre. Denn Unsummen flossen für Gutachten zu einem möglichen Ver-

kauf. 32 Millionen Euro aus dem Topf, der eigentlich dafür gedacht war, um die HIL instand zu halten. Ob sich die Verantwortlichen damit in die Hände der Rüstungsindustrie begeben könnten, interessierte im zuständigen Verteidigungsministerium offensichtlich niemanden.

Das wollte Matthias Moseler nicht widerstandslos hinnehmen. Der Vorsitzende im St. Wendeler HIL-Werk sowie Chef des Gesamtbetriebsrats spannte darum die Politik ein, wandte sich an alle Fraktionen im Bundestag. Damit nicht genug: Er klagte gegen die bei diesen abstrusen Plänen federführenden Ministeriumsmitarbeiter.

Erster Erfolg: Die SPD-Bundestagsfraktion bohrte nach, wollte wissen, was hinter den Praktiken des Ministeriums steckt. Grüne und Linke unterstützten dies und erreichten gemeinsam, dass die HIL-Pläne im Oktober 2019 ad acta gelegt wurden. Die damalige Verteidigungsministerin, die Saarländerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU), musste sich dem Druck aus Belegschaft und Politik beugen. Ihr blieb der Scherbenhaufen, den ihre Vorgängerin und Parteikollegin Ursula von der Leyen vor ihrem Wechsel zur Europäischen Union nach Brüssel angerichtet hatte.

Trotz der von der SPD eingeleiteten Notbremsung in diesem ministeriellen Planungsdesaster dauerte es noch knapp ein Jahr, bis die HIL-Belegschaft in St. Wendel endgültig aufatmen konnte. Im September vergangenen Jahres kam die rettende Nachricht: Die 400 Arbeitsplätze sind gesichert. Mehr noch: Seit Beginn 2021 ist bekannt, dass in der Kreisstadt investiert, das Unternehmen erweitert werden soll. Mit dem Ergebnis: neue Jobs.

Das ist insbesondere ein Verdienst von Christian Petry. Der SPD-Bundestagsabgeordnete aus Illingen setzte sich vehement für den Fortbestand ein. Er ließ nicht locker, setzte das Thema immer wieder auf die Tagesordnung seiner Parlamentsfraktion. Mit dem für St. Wendel, aber auch für das gesamte Saarland beachtlichen Ergebnis.

Während des gesamten Prozesses unterstützte der St. Wendeler AfA-Kreisverband den Kampf der HIL-Beschäftigten. AfA-Vertreter tauschten sich regelmäßig mit dem Betriebsrat aus. All das beweist, wie wichtig Betriebsräte zum einen, zum anderen die Zusammenarbeit mit Gewerkschaftern und der SPD sowie deren Organisationen ist. Nur so hatte der HIL-Standort in St. Wendel eine Überlebenschance. ■

HART AM LIMIT: KRANKENSCHHEIN FÜRS PFLEGEPERSONAL ALS EINZIGER AUSWEG?

Pflege-Notlage herrscht schon seit Jahren, tritt aber jetzt mit dramatischen Folgen verstärkt zu Tage. Denn durch die Corona-Pandemie wird deutlich, woran es dem deutschen Gesundheitswesen am meisten mangelt: an genügend Fachkräften – in der Pflege, bei Ärzten und Therapeuten.

Jene, die sich für Patienten aufopfern, sind ausgebrannt, weil ständig überlastet. Einen kurzfristigen Ausweg sehen viele nur noch in einem Krankenschein. Diese Erfahrung macht Lea Grass jeden Tag aufs Neue. Die 32-Jährige weiß, wovon sie spricht. Denn die Krankenpfle-

gerin arbeitet in einem Krankenhaus. „Tagtäglich sehe ich Kolleginnen und Kollegen, die nicht mehr können und nur noch funktionieren, um das System, für das wir arbeiten, am Laufen zu halten.“

Die Lage ist dramatisch. „Es ist schon zehn nach zwölf“, beschreibt sie drastisch. Da sich aber nichts von selbst ändert, erinnert das Vorstandsmitglied des AfA-Kreisverbands Saarbrücken-Stadt an die gesetzlichen Vorgaben. Lea: „Es muss sich was ändern, Die Entlastung muss kommen. Die gesetzlichen Vorgaben für die Personalbemessung müssen

endlich eingehalten werden.“ Das sei eben vielerorts nicht der Fall und für die Misere mitverantwortlich. Es gehe um die Gesundheit jener, die im Gesundheitswesen für unser aller Wohlergehen arbeiten.

„Ich engagiere mich bei Verdi schon seit Jahren für eine gute Arbeit in der Pflege. Aber nur mit einer guten Politik auf Bundesebene und im Land können die Gewerkschaften und die Arbeitsgemeinschaften vorankommen.“

Die Entlastung der Pflegekräfte: für Lea eine Herzenssache. ■

AFA TRÄGT DIE INTERESSEN DER BESCHÄFTIGTEN IN DIE SPD

Die Angelegenheiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die Kernkompetenz der Saar-SPD. Und damit dies so bleibt, trägt die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen die Themen dazu in alle Parteibereiche.

Besonders was die Situation im Kreis Saarlouis betrifft, sind die Beschäftigten einem großen strukturellen Wandel im Stahl- und Automobilbranche sowie dem Dienstleistungssektor unterworfen. Erschwerend kommt hinzu: Verantwortliche haben jahrzehntelang den Gesundheitsbereich zusammengespart. Die Corona-Pandemie spannt die schwierige Lage zusätzlich an. Die soziale Kluft wird größer.



nicht nur ihre tariflichen Interessen durchsetzen können: die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft. Betriebsräte tun ihr Übriges, um die gesetzlich verbrieft Mitbestimmung durchzusetzen.

denen die Regierungen den Strukturwandel in der Branche begleiten.

Über den Kontakt mit Tobias Wolfanger (Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten/NGG) beteiligte sich die Afa zudem am Warnstreik und unterstützte damit die Belegschaft beim Überherner Unternehmen Nordgetreide, ihre Forderungen durchzusetzen. 130 Beschäftigte waren beim Produzenten für Cerealien im befristeten Ausstand, weil die Tarifverhandlungen trotz Mehrarbeit in der Corona-Krise ins Stocken geraten waren.

Nicht der einzige Streikeinsatz für die Afa. Auch Metalller unterstützte die Parteiorganisation. So waren deren Vertreterinnen und Vertreter dabei, als an die 5000 Menschen im Tarifkonflikt auf die Straße gingen. Sie protestierten auf dem Saarlouiser Röderberg für mehr Lohn und Gehalt. Dazu hatte sie die Industriegewerkschaft (IG) Metall aufgerufen.

Die Afa sichert zu, auch künftig politisch und durch Proteste die Arbeitnehmerinteressen zu flankieren. ■



Für die Afa in Saarlouis bedeutet das: Wir kämpfen noch mehr für die Menschen, wollen sie nicht im Regen stehen lassen. Um deren Probleme zu lösen, muss die Afa und damit die SPD wissen, wo es hakt. Dafür hören sich Vertreter der Arbeitsgemeinschaft bei Menschen vor Ort um. Und nicht nur das.

Der Afa-Kreisverband Saarlouis tauscht sich seit dem Vorjahr während eigens dafür initiiertes Gesprächsrunden mit Gewerkschafter*innen aus. Deren Anliegen trägt sie damit in die Parteiarbeit, um die Politik für die Saarländerinnen und Saarländer zu gestalten.

Unter anderem traf sich die Afa mit Julia Mole. Die Verdi-Frau setzt sich mit ihrem Team für die Tarifbindung der Unternehmen ein. Ein Grundstock dafür, dass Mitarbeiter*innen in Betrieben

Michael Fischer, Betriebsratschef bei Dillinger (Hüttenwerke), forderte als Afa-Gast, dass sich Politikerinnen und Politiker auf europäischer Ebene für den hiesigen Stahl einsetzen. Es müssten Voraussetzungen geschaffen werden, mit



SOZIALEN FORTSCHRITT GIBT ES NUR MIT DER SPD

von Luitpold Rampeltshammer, saarländischer AfA-Vorsitzender



Die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Ministerien ist ein Erfolg. Vor allem die arbeitspolitischen Gesetze tragen eindeutig die sozialdemokratische Handschrift. Dazu drei Beispiele:

Betriebsräte stärken: Die Bundesregierung beschloss am 31. März den Entwurf zum Betriebsräte-Modernisierungsgesetz. Wesentliche Ziele: die Betriebsrätewahl vereinfachen, Mitspracherecht zu mobilem Arbeiten, Einsatz künstlicher Intelligenz und Weiterbildung stärken.

Seit Jahren nimmt die betriebliche Mitsprache ab. Die Zahl der Beschäftigten geht kontinuierlich zurück, deren Interessen Betriebsräte vertreten. Zum Vergleich: In den alten Bundesländern sank der Anteil von 51 Prozent Mitte der 90er-Jahre auf 40 Prozent (2017). Gleichzeitig gilt für immer weniger Belegschaften ein Tarifvertrag: Mitte der 90er waren es noch 70 Prozent, 2017 nur noch 49.

Vereinfachte Wahlverfahren stehen zudem im Gesetzentwurf. Des Weiteren verbesserter Kündigungsschutz für jene, die zur Wahlversammlung laden.

Wenn's um Qualifizierung geht, sieht das neue Gesetz vor, die Initiative des Betriebsrates zu stärken. Wie mobiles Arbeiten (unter anderem von zuhause aus) gestaltet wird, soll er mitbestimmen. Das in Arbeitsminister Hubertus Heils (SPD) Entwurf vorgesehene Recht auf Homeoffice lehnten CDU/CSU ab.

Menschenrechte schützen: Das Lieferkettengesetz dient dazu, Menschenrechte auch in den Herkunftsländern der Waren einzuhalten. Dies ist eine Kernforderung der Sozialdemokratie. Dies gilt gerade für Menschen in Ländern, in denen staatliche Kontrollen kaum stattfinden, Erwachsene und Kinder ausgebeutet werden. Trauriger Beleg: der Einsturz eines Gebäudes 2013 in Bangladesch. Dabei kamen 1035 Menschen ums Leben, hauptsächlich Näherinnen. Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) und Bundessozialminister Hubertus Heil (SPD) entwarfen

Eckpunkte, um solche Katastrophen von Deutschland aus zu verhindern. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) ließ die Standards aufweichen. Dennoch wurde ein beachtlicher Kompromiss erzielt: Große Unternehmen müssen Menschenrechtsverletzungen (auch Gesundheits-, Umweltgefahren) in ihren Niederlassungen und bei in Zulieferern abstellen, Vorsorge treffen und Beschwerdestellen einrichten. Das Gesetz gilt ab 2023, zuerst für Betriebe mit mindestens 3000, später ab 1000 Beschäftigten.

Jobbefristungen eindämmen: Der von Arbeitsminister Heil vorgelegte Entwurf eines geänderten Befristungsgesetzes verringert die Zahl sachgrundloser Befristungen und Dauer. Ziel: Befristungen sind wieder die Ausnahme.

Aus Arbeitnehmer*innen-Sicht sind die SPD-Leistungen im Bund beachtlich. Die Union schwächt und verhindert hingegen überall Rechtsansprüche. Sozialen Fortschritt gibt es nur mit der SPD. ■

STARKE ARBEITSLOSENVERSICHERUNG UND BÜRGERGELD STATT HARTZ IV

von Dagmar Ertl, stellvertretende AfA-Landesvorsitzende



Die Corona-Pandemie zeigt, wie wichtig ein engmaschig geknüpftes soziales Netz ist. Die Arbeitslosenversicherung hat in Deutschland mit dem Kurzarbeitergeld millionenfach Arbeitsplätze und Einkommen gesichert. Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) brachte verlängerte Kurzarbeiterhilfe – schnell und deutlich verbessert – auf den Weg. Das Kurzarbeitergeld wird auf bis zu 87 Prozent des Gehalts aufgestockt und bis zu 24 Monate gezahlt.

Lücken der sozialen Sicherung sind dennoch deutlich zu erkennen. Beschäftigte im Niedriglohn, Minijobber*innen, (Solo-)Selbstständige landen oft im Hartz-IV-System. Bei enorm gestiegener Ar-

beitslosigkeit ist nur noch gut ein Drittel durch die Arbeitslosenversicherung gesichert. Der Rest bezieht Hartz IV.

Nicht nur die Pandemie ist zu bewältigen. Auch der Wandel hin zu einer digitalen und ökologischen Wirtschaft. Das Saarland als Industriestandort ist davon besonders betroffen. Das bedeutet grundlegende Veränderungen in vielen Berufen. Deshalb ist ein Recht auf Weiterbildung nötig. Droht Jobverlust, muss die Arbeitslosenversicherung verlässlich vor sozialem Abstieg, die Grundsicherung vor Armut schützen.

Gut, dass sich die SPD 2019 von Hartz IV verabschiedete. Vielmehr fordert sie den erweiterten Schutz durch die Arbeitslosenversicherung.

Arbeitslose sollen künftig länger Anspruch auf Arbeitslosengeld haben. Zudem soll die Arbeitslosenversicherung

zur Arbeitsversicherung mit einem Recht auf Weiterbildung und Umschulung umgebaut werden.

Solidarisches Bürgergeld und Kindergrundsicherung sollen Hartz IV ersetzen. Langzeitarbeitslose sollen ein Recht auf Arbeit und Qualifizierung erhalten.

Wohnungsgröße und Ersparnis sollen beim Übergang in die Grundsicherung vorerst keine Rolle spielen. Zum Schutz vor Armut sind zudem höhere Leistungen nötig und existenzbedrohende Sanktionen gehören abgeschafft.

Wichtig ist, dass alle daran beteiligt sind, was die neue Arbeitswelt betrifft.

Wir alle brauchen einen starken sozialen Schutzschild. Arbeitnehmer*innen in der SPD engagieren sich für gute Arbeit und soziale Sicherheit. ■